

Interview im Morgenmagazin zum Thema Flüchtlinge mit Dr. Gerd Landsberg, Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städte- und Gemeindebundes vom 17. Juli 2015

Moderator

Wieder mal hat in Deutschland eine Flüchtlingsunterkunft gebrannt. Ein Anschlag und zwar im Oberbayerischen Reicherzhofen. Unbekannte haben das Feuer gelegt dort in einem ehemaligen Gasthaus bzw. in einem leerstehenden Nebengebäude davon. Verletzt wurde zum Glück niemand, das Nebengebäude wurde aber zerstört. In der Unterkunft sollen ab September 67 Asylbewerber untergebracht werden. Die Polizei vermutet einen fremdenfeindlichen Hintergrund. Und das ist nicht das erste Mal in diesem Jahr. Leider. Im Gegenteil. Schon 150 Angriffe auf Flüchtlingsunterkünfte hat das Bundesinnenministerium registriert. Und das sind fast so viele wie im gesamten letzten Jahr. Gleichzeitig versuchen die Städte und Gemeinden klarzukommen mit der wachsenden Zahl von Flüchtling, stoßen immer wieder auf Probleme und ich begrüße jetzt bei uns Gerd Landsberg, Geschäftsführer des Deutschen Städte- und Gemeindebundes. Guten Morgen.

Dr. Gerd Landsberg

Guten Morgen.

Moderator

Haben Sie eine Idee, wie sich solche Anschläge auf Flüchtlingsunterkünfte verhindern lassen?

Landsberg

Also zunächst einmal müssen wir konsequent strafverfolgen. Wir müssen das auch in der Öffentlichkeit deutlich machen, dass es Nulltoleranz gibt beim Übergriff auf Flüchtlinge, auf Flüchtlingsheime. Und wir müssen vielleicht noch mehr kommunizieren, welches schwere Schicksal diese Flüchtlinge hinter sich haben. Das wird diese Fälle nicht ganz ausschließen, aber wir stellen ja schon fest, Sie haben es ja anmoderiert, es sind Einzelfälle. Aber die Einzelfälle nehmen zu und dem muss man aus meiner Sicht ein Kommunikationskonzept noch deutlicher entgegenstellen.

Moderator

Was kann das denn bewirken, das heißt, dann wird es möglicherweise Menschen geben, die für ein Flüchtlingsheim sind, die sich dafür einsetzen, das haben wir ja jetzt auch schon. Aber das hält doch diejenigen nicht davon ab, die dagegen sind, und um alles in der Welt es verhindern wollen?

Landsberg

Da bin ich nicht so sicher. Wenn Sie in einer Gemeinde 200 oder 300 Flüchtlinge bekommen und das vorher kommunizieren und dann das erlebbar machen, wie ist das Schicksal einer einzelnen Frau, eines einzelnen Mannes oder eines einzelnen Kindes, dann ist der Widerstand sofort geringer. Das heißt abstrakt: Die Flüchtlinge

kommen und die will ich nicht. Das ist in manchem Kopf drin. Aber wenn ich der Person gegenübersteht sieht das ganz anders aus. Und ich glaube, das ist der richtige Weg, das ist nicht das Allheilmittel, aber es ist ein Ansatz.

Moderator

Einige Städte und Gemeinden versuchen eine Lösung, indem sie Flüchtlinge nicht in einem Heim unterbringen, sondern dezentral in Wohnungen. Wäre das eine Lösung, die Sie auch hilfreich finden?

Landsberg

Also wir als Deutscher Städte und Gemeindebund sagen, die dezentrale Unterbringung ist richtig, die ist aber nicht so einfach. Wir haben in diesem Jahr 450.000 Flüchtlinge, vielleicht auch 500.000. Deswegen fordern wir ein Bauprogramm, denn die Flüchtlinge werden auch nächstes und übernächstes Jahr kommen. Aber sicher ist die dezentrale Unterbringung der richtige Ansatz. Sie fördert die Integration. Auch wenn wir die Menschen, das ist ja das Ziel, in Arbeit bringen wollen, ist natürlich die Heimunterkunft der falsche Ansatz.

Moderator

Sie fordern ein Bauprogramm, sagen Sie, aber müssen Sie sich da nicht selber an die eigene Nase fassen als Städte- und Gemeindebund. Hätten die Städte und Gemeinden nicht schon in den vergangenen Jahren viel, viel mehr Sozialwohnungen bauen müssen?

Landsberg

Hätten sie schon, aber sie konnten es nicht, weil sie das Geld nicht hatten. Der soziale Wohnungsbau ist zurückgefahren worden. Natürlich haben Städte Wohnungen verkauft aus Finanznot. Das hat der Bund gemacht, das haben die Länder. Da müssen wir umsteuern, damit diese sozialen Konflikte, die damit verbunden sind, reduziert werden. Aber wie gesagt, das geht nicht von heute auf morgen und geht auch nicht ohne zusätzliches Geld.

Moderator

Wo sehen Sie denn da die hauptsächliche Verantwortung?

Landsberg

Also die Verantwortung haben wir alle. Niemand hat vor fünf Jahren vorhersehen können, dass jährlich 450.000- 500.000 Flüchtlinge nach Deutschland kommen. Wir haben Kommunen gehabt, die haben ihre Einrichtungen erhalten, obwohl es keine Flüchtlinge gab und sind dann von den Landesrechnungshöfen angewiesen worden, ihr müsst das sofort schließen, es gibt doch gar keine Flüchtlinge. Also man ist immer hinterher klüger. Wir müssen jetzt handeln und die Vergangenheitsbewältigung ist vielleicht der falsche Ansatz.

Moderator

Aber seit drei Jahren spätestens wachsen ja die Zahlen. Seit drei Jahren konnte man das sehen und man hat den Eindruck, dass bis jetzt eben noch nicht so viel direkt angekommen ist in den Städten und Gemeinden. Also noch einmal die Frage: Wo war die Verantwortung und was müsste sich jetzt ändern?

Landsberg

Also was sich ändern muss: Wir brauchen ausreichende Mittel für zusätzliches Personal, für Unterkunft. Wir brauchen eine Übernahme der Gesundheitskosten von Bund und Ländern. Wir brauchen ein Bauprogramm und wir brauchen mehr Integrationsmaßnahmen für die Menschen, die hier sind. Und das sage ich auch: Wir müssen konsequent auch die Personen, die keine Bleibeperspektive haben, abschieben bzw. zur Ausreise bewegen. Das ist eingetütet. Es hat ja einen Gipfel mit der Kanzlerin gegeben, aber es muss halt umgesetzt werden und da ist immer die Erwartung auch der Öffentlichkeit. Ich entscheide heute und morgen wird das. Nein, so läuft das nicht. Wenn Sie sagen, die Asylverfahren müssen beschleunigt werden, ich habe 2.000 Stellen. Dann sitzen die nicht morgen am Schreibtisch. Sie müssen die Leute finden, sie müssen sie ausbilden. Wir sind da auf dem Weg, aber das wird noch einige Zeit dauern.

Moderator

Was heißt denn einige Zeit, Wann sitzen die am Schreibtisch?

Landsberg

Also diese 2.000 Stellen, die der Bund bewilligt hat, die der Haushaltsausschuss beschlossen hat, das wird ein dreiviertel bis ein Jahr dauern, bis die ersten 100 oder 200 tatsächlich aktiv werden, weil man sie ausbilden muss, und auch erst einmal finden. Das kann nicht jeder.

Moderator

Also aber dann, hoffen wir zumindest, dass es ab nächstem Jahr alles besser wird. Gerd Landsberg war das, Geschäftsführer des Deutschen Städte- und Gemeindebundes zur Flüchtlingspolitik in den deutschen Städten. Vielen Dank!

Landsberg

Bitte schön!